

A1: Perspektiven geben! – Geistige und körperliche Unversehrtheit

Die 15. Shell-Jugendstudie besagt: Die Zukunftsperspektiven der Jugendlichen hängen stark mit ihren Sozialisationserfahrungen und aktuellen Lebensumständen in Familie, Schule und Freizeit zusammen. Die Jugendlichen werden unsicherer. Das Hauptproblem ist die Chancenlosigkeit der unteren sozialen Schicht. Dort finden sich Zukunftsangst und Angst vor Arbeitslosigkeit überproportional häufig.

Die dreiteilige Antragsreihe „Perspektiven geben“ hat das Ziel die Lebensbedingungen junger Menschen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu verbessern. Angesprochen werden die drei Lebensbereiche Erziehung, Freizeit und Ausbildung.

Die Antragsreihe beschäftigt sich nicht mit der Ungerechtigkeit in diesem Land, wie sie häufig unter den Gesichtspunkten des selektiven Schulsystems sowie der Studiengebühren diskutiert wird. Auch wenn besonders die Frage des Schulabschlusses eine wichtige ist und es aus gutem Grund unser Ziel ist, möglichst vielen jungen Menschen bei der optimalen Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu helfen, so zielt dieser Antrag auf die Verbesserung der Lebensbedingungen jener Menschen, denen sich gar nicht erst die Frage stellt, ob Gymnasium oder Hauptschule, ob Studium oder gleich in den Beruf, sondern es geht darum diesen überhaupt eine grundlegende und zukunftsfähige Lebensperspektive zur Selbstverwirklichung in sozialer Integration aufzuzeigen.

Perspektive geistige und körperliche Unversehrtheit

Deutschland bietet nach der neuen UNICEF-Studie Kindern nur mittelmäßige Zukunftschancen. Bei einem Vergleich der Lebensumstände von Kindern in 21 Industrieländern rangiert die Bundesrepublik lediglich auf Rang 11.

Kindern, die arm sind, bleiben zukunftsichernde Bildungswege verschlossen. Kinder mit Migrationshintergrund sind davon weitaus häufiger betroffen als solche ohne Migrationshintergrund. Kinder in Ein-Eltern-Familien ereilt dieses gleiche Schicksal etwa doppelt so oft wie Kindern in Zwei-Eltern-Familien. Die Wahrscheinlichkeit eines irregulären Schulverlaufs der Kinder steigt außerdem mit der Armutshäufigkeit und der Armutsdauer.

Aber auch zwischen Armut und Gewalt bzw. Vernachlässigung (emotional, kulturell, gesundheitlich) besteht ein Zusammenhang. In Familien ohne Geld, Bildung und Zukunftsperspektiven wird schneller zugeschlagen als in anderen. Ein Hauptschüler aus einer armen Familie wird mit fünfmal so hoher Wahrscheinlichkeit misshandelt wie ein Gymnasiast aus der Mittelschicht.

Besonders Beispiele geschlagener, gequälter, misshandelter und von den Eltern missachteter Säuglinge und Kleinkinder gab es in den letzten Jahren viele. Sie sind nur die Spitze eines Eisberges. Knapp 3000mal wurde im Jahr 2005 bundesweit eine Kindesmisshandlung zur Anzeige gebracht; 1200mal bei Vernachlässigung. Die Dunkelziffer dürfte sehr viel höher liegen. Erhebliche Entwicklungsstörungen sind die Folge.

Auch Armut und Krankheit treten häufig zusammen auf. Kinder aus sozial schwachen Familien sind vermehrt übergewichtig. Am stärksten beeinflussen

niedriger sozialer Status, bedingt durch Arbeitslosigkeit und geringes Einkommen, damit verbundene sozioökonomische Belastungen oder wenige soziale Beziehungen, das Geburtsgewicht und die Gesundheit der Säuglinge.

Jüngere neurobiologische und entwicklungspsychologische Erkenntnisse dokumentieren zudem massive Auswirkungen des Aufwachsens unter gesundheitsgefährdenden und sozial benachteiligten Bedingungen auf die geistige Entwicklung. Kinder, die in Risikofamilien aufwachsen, weisen bereits im Vorschulalter Rückstände in Intelligenz, Sprachverhalten und Sozialverhalten auf. Besonders Kindheitserfahrungen wie Missbrauch, Gewalt sowie psychische Erkrankungen oder Alkohol- und Drogenkonsum der Eltern begleiten die Kinder ihr Leben lang. Wer von mehreren dieser Risikofaktoren betroffen ist, trägt später ein erhöhtes Risiko psychisch krank zu werden.

Eltern, die mehrfach missbraucht worden sind, und dabei körperliche Gewalt erfahren haben, zeigen das höchste Risiko selbst zu misshandeln.

Dass Rauchen und Trinken in der Schwangerschaft heranwachsendes Leben gefährdet, ist längst erwiesen. Der Konsum legaler – und erst Recht der von illegalen – Drogen wirkt sich massiv und messbar auf die Gesundheit von Neugeborenen aus. Statistisch ist ihr Geburtsgewicht niedriger, die Geburt komplizierter, eine Frühgeburt wahrscheinlicher. Noch im Kleinkindalter sind die Kinder anfälliger als jene von drogenfrei lebenden Müttern.

Auch ein Mangel an Pflege, Ernährung, Bekleidung, Gesundheitsförderung, sozialen Kontakten, emotionaler Zuwendung, Schutz und Aufsicht durch Erwachsene, erzieherischer Leistung und Anregung führt zu Entwicklungsstörungen. Eltern können bei der Erfüllung dieser Bedürfnisse überfordert sein, handeln aus Unwissen oder suchen zu spät professionelle Unterstützung. Präventive Angebote müssen deshalb niederschwelliger werden und auch insgesamt ausgebaut werden.

Die SPD ist mit ihrem modernen familienpolitischen Konzept (frühkindliche Bildung unter besonderer Beachtung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, kostenfreie Kindertagesstätten und ein verpflichtendes Vorschuljahr) bereits auf einem guten Weg. Dennoch gibt es noch erheblichen Handlungsbedarf außerhalb der institutionellen Kinderpolitik.

Dieser Antrag zielt deshalb auf die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen zur besseren Beratung von Eltern sowie auf eine Vorbeugung zu erwartender kindlicher negativer Entwicklungsverläufe in Risikofamilien. Beziehungs- und Erziehungskompetenzen von Eltern müssen gestärkt werden. Werden Grundbedürfnisse nicht erfüllt, liegt dies nicht selten am Nichtwissen oder der Hilflosigkeit der Eltern. Von besonderer Bedeutung ist der Aufbau einer Beziehung zum Ungeborenen.

Ziel einer solchen Strategie muss außerdem eine bessere Vernetzung von Ämtern und Institutionen sein, welche die Lebenswelten junger Menschen betreffen, allen voran Schule, Jugendhilfe, Präventions- und Therapieeinrichtungen, Ämter und Kinderschutzbund.

Forderungen:

1. Grundbedürfnisse sichern

Wir erkennen an, dass kindliche Basisbedürfnisse sind:

- Liebe und Akzeptanz
- Ernährung und Versorgung
- Unversehrtheit, Schutz vor Gefahren, vor emotionaler und sexueller Ausbeutung
- Bindung und soziale Beziehungen
- Gesundheit
- Wissen, Bildung und Ausbildung

2. Offensive Kinderschutz – Präventionsprogramme ausbauen

a) Beratung vor der Geburt

Wir fordern die hessische SPD auf 2008 ein vorgeburtliches und kostenfreies Präventionsprogramm, das auf freiwilliger Basis den künftigen Eltern Unterstützung und Trainingsprogramme anbietet, in Hessen zu etablieren. Ziel ist die Stärkung der Beziehungs- und Erziehungskompetenzen von Familien.

Männer und Frauen müssen während der Schwangerschaft der Frau von FamilienhelferInnen und Hebammen begleitet und auf die Geburt vorbereitet werden. Gerade für werdende Väter kann es schwierig sein, sich auf die neue Lebenssituation einzustellen, da das Ungeborene für sie zunächst nicht erfahrbar ist. Aufklärung zu den Themen Veränderung der Partnerschaft, Gesundheit, Ernährung, Lebensplanung der angehenden Mütter, sowie Beziehungen zu Freunden und Familie muss erfolgen.

Schon alleine regelmäßige Gespräche können helfen Struktur in unstrukturierte Lebensalltage zu bringen. Die werdenden Mütter und Väter müssen erfahren, dass ihnen jemand zur Seite steht, was immer auch geschieht. Das gibt Raum für das Wichtigste: sich auf das Kind zu freuen und es anzunehmen.

Zielgruppen können sein:

Alle werdenden Eltern, jedoch insbesondere Minderjährige, Drogen-/Alkoholabhängige, Menschen, die sozial isoliert sind bzw. keine soziale Unterstützung durch Freunde und Familie erhalten oder auch Menschen, die keinen Schulabschluss haben sowie EmpfängerInnen von Hartz IV oder Menschen, die erst kürzlich Migrationserfahrungen hinter sich haben und auch besonders späte oder frühe Eltern. Ebenfalls stellen beispielsweise eine lange Abwesenheit eines Elternteils, Gewalt in der Partnerschaft, permanenter Streit der Eltern oder psychische Erkrankungen der Eltern Risikofaktoren für die kindliche Entwicklung dar.

b) Elternteraining nach der Geburt

In dieser Phase muss es weitere kostenlose Schulungen zur Stärkung der Erziehungskompetenz geben, so zum besseren Verständnis der Eltern-Kind-Interaktion, zur Gesundheitsversorgung, zum Training der Feinfühligkeit gegenüber der Bedürfnisse/Befindlichkeiten des Kindes sowie auch zur Einsicht und Bewältigung eigener Unzulänglichkeiten.

3. Weiterqualifizierung, Koordinierung und Vernetzung von Institutionen verbessern

Die Schule muss insbesondere im Rahmen eines gebundenen ganztägigen Konzepts mehr Erziehungsfunktionen wahrnehmen als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Dennoch ist die Ganztagschule kein Allheilmittel gegen eine zunehmende Verantwortungslosigkeit von Eltern in Bezug auf die Schulzeit ihrer Kinder. LehrerInnen und Eltern müssen gegenseitiges Misstrauen abbauen. Eine enge Vernetzung zwischen Schule und Eltern muss über die bestehenden Elternsprechtage und Elternabende hinaus entwickelt werden. Neben der Vermittlung des schuleigenen Erziehungsstils müssen auch dort mehr Unterstützungsangebote für Eltern geschaffen werden. Schule soll kein Abschiebebahnhof für Eltern sein, auch die Ganztagschule wollen wir nicht so verstanden wissen. Vielmehr soll auch in der Schule das Teamwork zwischen Eltern und Kindern gefördert werden. Das Verhältnis zu den Eltern ist oft das Schwierigste in der Adoleszenz. Oft haben Freunde, Sozialarbeiter oder Lehrer mehr Zugang.

Auch bereits Kindertagesstätten müssen in ein Präventionskonzept aufgenommen werden. Dazu muss zusammen mit diesen sowie den Schulen ein interdisziplinäres Netzwerk aus Jugendhilfe, Ärzten, Hebammen, Gesundheitsamt, sozialpädiatrischen Zentren, Kinderschutzbund sowie weiteren Verbänden geschaffen werden. Von diesen müssen klare und verbindliche Verfahrensstandards (Hausbesuche, Vorgehen bei Zuständigkeitswechsel etc.) entwickelt werden, die das Vorgehen bei der Vermutung von Gewalt, Verwahrlosung oder Missbrauch regeln, so dass die Institutionenkontakte und damit verbundene mehrfache Befragungen der Betroffenen bis zur Aufdeckung möglichst reduziert werden. Ressortgrenzen müssen überwunden werden, so dass sich niemand der Beteiligten als nicht zuständig fühlen kann.

Insbesondere sozialpädiatrische Zentren müssen zwecks dezentraler ambulanter Versorgung flächendeckend aufgebaut werden.

Fachkräften müssen unter dem Aspekt entwicklungspsychologisch fundierter diagnostische Kompetenzen weitergebildet werden. An einer Aufwertung der ErzieherInnen-Ausbildung auf Fachhochschulniveau halten wir fest.

Angenommen: Der geänderte Antrag wurde von der Mehrheit der Delegierten beschlossen.

Zur Weiterleitung an: Juso- Landeskonferenz, Bezirksparteitag